

## **Preiserhöhung im Radeberger Altenheim: Pflegekosten belasten Familien**

Bewohner des Radeberger Altenheims müssen ab Juni höhere Preise zahlen. Gründe sind steigende Personalkosten und Wohnverhältnisse.

Die Altenpflege in Radeberg steht vor einer bedeutsamen Wendung, da die Bewohner des städtischen Alten- und Pflegeheims ab sofort mehr für ihren Platz zahlen müssen. Seit dem 1. Juni 2023 gelten höhere Eigenanteile, die darauf abzielen, der steigenden finanziellen Belastung der Pflegedienstleister entgegenzuwirken. Dies betrifft nicht nur die Stadt Radeberg, sondern ist Teil eines landesweiten Trends in Sachsen, wo die Kosten für ein Pflegeheim im Durchschnitt um 280 Euro pro Monat gestiegen sind.

Das Radeberger Pflegeheim, geleitet von Danilo Krisch-Hoffmann, hat die Preise so angepasst, dass ein Platz nun 2.715,90 Euro monatlich kostet, was einen Anstieg von über 300 Euro seit 2018 darstellt, als die Kosten lediglich bei 1.474 Euro lagen. Diese Preissteigerungen tragen zu einer besorgniserregenden Situation bei, da für viele Senioren die Rente nicht ausreicht, um diese monatlichen Gebühren zu bewältigen.

### **Kostenstruktur im Detail**

Pressesprecherin Sarah Günther erläutert, wie die Kostenstrukturen nach Wohnjahren differenziert werden können. Bewohner, die länger in der Einrichtung verweilen, profitieren

von einem Entlastungszuschlag, der die Höhe des Eigenanteils senkt. Beispielsweise wird der Eigenanteil nach 12 Monaten auf etwa 2.208,49 Euro reduziert, während er nach 36 Monaten auf 1.447,38 Euro sinkt. Dies stellt einen Versuch dar, Pflegebedürftigen die finanziellen Belastungen zu erleichtern, auch wenn die anfänglichen Kosten hoch bleiben.

Der Abgleich mit dem sächsischen Durchschnitt zeigt zudem, dass die Preise in Radeberg über dem Durchschnitt liegen. Nach 36 Monaten müssen Pflegebedürftige im Durchschnitt in Sachsens Heimen 1.644 Euro Eigenanteil zahlen. Daher ist die Preisgestaltung des Radeberger Heims ein erheblicher Faktor für die Altenpflege in der Region.

## **Hintergrund der Kostensteigerung**

Die Gründe für die Preiserhöhung sind vielschichtig, wobei insbesondere die gestiegenen Personalkosten in der Pflege als Hauptursache genannt werden. Seit dem 1. September 2022 sind Einrichtungen gesetzlich verpflichtet, Pflegekräfte nach Tarifverträgen oder ähnlichen Regelungen zu entlohnen. Diese Vorgabe, die von der Bundesregierung eingeführt wurde, zielt darauf ab, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und die Berufszufriedenheit der Pflegekräfte zu steigern.

Darüber hinaus fallen auch höhere Kosten für allgemeine Lebenshaltung, wie Energie und Lebensmittel, ins Gewicht. Diese Entwicklungen machen es für die Pflegeeinrichtungen schwierig, die finanziellen Anforderungen auf der einen und die behördlichen Vorgaben auf der anderen Seite zu stemmen.

Für viele Angehörige ist die Situation nicht weniger belastend. Ein Bewohner aus Wachau äußert sich besorgt: „Wohin soll das führen, das kann sich doch kaum jemand noch leisten?“ Die Ungewissheit über zukünftige Kosten und die ständige Sorge um die Pflege der eigenen Angehörigen sind Realität für viele Familien.

Eine große Herausforderung bleibt weiterhin die Finanzierung der Pflegeplätze. In vielen Fällen reicht die Rente der Bewohner nicht aus, um die hohen Kosten zu decken. Häufig müssen Angehörige oder die Kommunen einspringen, indem sie Sozialleistungen in Form der „Hilfe zur Pflege“ bereitstellen. Im Landkreis Bautzen liegt die durchschnittliche Rente bei 1.330 Euro, was deutlich hinter den Kosten für Pflegeplätze zurückbleibt.

## **Wachsende Anträge auf Sozialhilfe**

Immer mehr Pflegebedürftige haben in den letzten Jahren Sozialhilfe beantragt. Für das Jahr 2024 wird erwartet, dass 1.350 Fälle im Landkreis Bautzen Unterstützung benötigen, was eine signifikante Kostensteigerung von etwa 12,5 Millionen Euro zur Folge hat, verglichen mit 7,5 Millionen Euro vor zwei Jahren. Diese Entwicklung lässt befürchten, dass die Belastung auf die Arbeitgeber und Wohnstätten in Zukunft noch zunehmen könnte, insbesondere mit den bevorstehenden Sanierungsarbeiten, die zusätzliche Investitionskosten mit sich bringen werden.

Der Bewohner aus Wachau bringt es auf den Punkt: „Das System ist nicht gerecht.“ Viele Menschen wünschen sich eine Überarbeitung der Sozialdienste, um sicherzustellen, dass sowohl treue Arbeiter als auch solche, die in Wohlstand gelebt haben, fair behandelt werden, wenn es um die Finanzierung ihrer Pflege geht.

## **Ökonomische Rahmenbedingungen der Pflege in Sachsen**

Die Entwicklung der Kosten im Alten- und Pflegeheimsektor in Sachsen lässt sich vor dem Hintergrund wachsender Bevölkerungszahlen und steigender Pflegebedürftigkeit erklären. Laut dem Statistischen Landesamt Sachsen wird die Anzahl der Personen über 65 Jahre bis 2030 um mehr als 15% ansteigen.

Dies führt zu einem höheren Bedarf an Pflegeplätzen und folglich zu steigenden Kosten für die Pflegeheime.

Die Finanzierung der Pflege in Deutschland ist komplex und hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die Pflegeversicherung, die 1995 eingeführt wurde, deckt dabei nur einen Teil der Kosten. Der Eigenanteil der Heimbewohner hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht, was teilweise auf steigende Personalkosten und die allgemeinen Preissteigerungen zurückzuführen ist.

## **Preisentwicklung im Vergleich zu anderen Bundesländern**

Um das Ausmaß der Preissteigerungen zu verstehen, ist ein Vergleich mit anderen Bundesländern hilfreich. In Nordrhein-Westfalen stiegen die Durchschnittskosten für Pflegeplätze ebenfalls im gleichen Zeitraum: hier lag der monatliche Eigenanteil 2023 bei durchschnittlich etwa 2.600 Euro, was zeigt, dass Sachsen im Bundesvergleich nicht allein dasteht. Dennoch variiert die Preisstruktur stark zwischen den Bundesländern, abhängig von der regionalen Wirtschaftskraft und der Versorgungsstruktur.

## **Demografischer Wandel und dessen Auswirkungen**

Der demografische Wandel ist ein zentrales Thema in der Diskussion um Pflegekosten. Durch die Alterung der Gesellschaft steigt der Anteil der älteren Menschen, gerade in ländlichen Regionen wie Radeberg. Gleichzeitig sinkt die Anzahl der Erwerbstätigen, die unabhängig von der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzliche Vorsorge treffen sollten. Dies führt dazu, dass immer mehr ältere Menschen auf Unterstützung angewiesen sind.

Laut dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und

Jugend wird sich die Anzahl der Pflegebedürftigen bis 2030 auf über 4 Millionen erhöhen. Diese Prognose verdeutlicht die Notwendigkeit eines robusten sozialen Sicherungssystems und geeigneter Antworten auf die steigende Nachfrage nach Pflegeplätzen. Dabei spielen sowohl kommunale als auch bundesstaatliche Strategien eine entscheidende Rolle.

## **Statistische Entwicklungen im Pflegebereich**

Im Jahr 2023 gab es laut dem Robert Koch-Institut (RKI) in Deutschland rund 4,9 Millionen Menschen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen auf Pflege angewiesen waren. Dies markiert einen Anstieg von 1,1 Millionen binnen der letzten zehn Jahre. In Sachsen, wo die Bevölkerungszahl im Vergleich zu anderen Bundesländern geringer wächst, sind diese Trends besonders besorgniserregend, da die Infrastruktur oft nicht in der Lage ist, die steigenden Anforderungen zu erfüllen.

Zusätzlich ist zu beachten, dass die durchschnittliche Verweildauer in Pflegeheimen in Deutschland ansteigt. Dies bedeutet höhere Gesamtkosten für die Pflegeversicherung und verstärkt den Druck auf die kommunalen Finanzen, die in der Regel den Eigenanteil der Pflegebedürftigen ergänzen. Dieser Trend zeigt, dass ein Umdenken in der Pflegepolitik dringend erforderlich ist, um sowohl die Qualität der Pflege als auch die finanzielle Belastung der Betroffenen zu managen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**